

Die Regierung der neuen geistigen Orientierung hat ihre ^{soziale} bildungspolitische Großtat vollbracht:

Das Bafög, Ausbildungsförderung für Studenten und Schüler aus einkommensschwachen Familien ist zur Strecke gebracht.

Überrascht hat das niemanden:

Das sozialdemokratische Modell Deutschland einer sozial abgefederten kapitalistischen Entwicklung mit dem Ziel einer Verstetigung und Verbesserung der Weltmarktsituation, war schon lange vor dem Regierungswechsel gescheitert; in dem Moment wo die hohen Wachstumsraten ausblieben. Die sozial-liberale Regierung betonte schon seit Jahren die Notwendigkeit einer sog. "Konsolidierung der Staatsfinanzen"; hinter der sich nichts anderes verbirgt, als eine gewaltige Umverteilung der ökonomischen Ressourcen dieser Gesellschaft: Soziale Leistungen werden abgebaut, soziale Rechte in Frage gestellt um gleichzeitig den Unternehmen Subventionen unkontrolliert in den Hintern zu blasen bzw. ganz allgemein die Bedingungen zur Profitmaximierung zu verbessern.

Die Installierung der Regierung Kohl/Genscher ist insoweit nur die konsequente Fortsetzung dieser Politik mit anderen Partnern.

Der allgemeine Sozial- und Bildungsabbau trifft auch die Hochschulen:

- mit der Einschränkung des Hochschulabbaus, der Reduzierung der Mittel trotz steigender Studentenzahlen,
- mit der Einschränkung des studentischen Wohnbaus, mit Verschlechterungen der Ausbildungsförderung;
- mit Aufkündigung der Leistungen der Studentenwerke,
- mit Kürzungen im Personalsektor und in der Sachmittelausstattung

Ober die materiellen Eingriffe hinaus wird die technokratische Studienreform festgeklopft:

- Neufassung und Standardisierung von Prüfungsordnungen,
- inhaltliche und formelle Reglementierung der Studiengänge;
- Einführung von internen NCs, verstärkte Selektion (z.B. Eingangstests)

Die Folgen für den Hochschulalltag der Studenten/innen sind verheerend: Isolation und Anonymität, Leistungs- und Konkurrenzdenken, fehlende soziale Absicherung und verheerende Berufsperspektiven schaffen ein Klima von Angst, Enttäuschung und teilweise Resignation.

Es wäre nun verkürzt, die beschriebenen Verschlechterungen und staatlichen Eingriffe lediglich unter dem populären Stichwort "Rotstiftpolitik" - zusammenzufassen - was eine flächendeckende und allgemeine Einebnung der Mittel für den Hochschulbereich suggeriert.

Die Redimensionierung des Hochschulwesens bedeutet zwar insgesamt Kürzung der Hochschulmittel als Folge der kapitalistischen Krise und staatliche Sparpoli-

tik aber auch Umverteilung innerhalb des Hochschulbereichs gemäß veränderten Kapitalbedürfnissen. Schon bestehende Unterschiede zwischen und innerhalb von Hochschulen werden verstärkt: durch unterschiedliche Mittel- und Personalzuweisungen, Anforderungskataloge etc.

Dabei sind besonders bei der vom Kabinett beschlossenen Neustrukturierung der Ausbildungsförderung die Stoßrichtung dieser mit Sachzwängen verbrämten Haushaltskonsolidierung deutlich:

Das Schüler-Bafög soll zum Schuljahr 83/84 fast völlig abgeschafft, das Studenten-Bafög auf Vollkredit umgestellt werden.

Wer davon betroffen ist, ist klar: 80 % der Eltern aller Geförderten verdienen unter 2.000,- DM monatlich, 22 % weniger als 1.300,- DM.

Es werden die Arbeiterkinder sein, die am ehesten gezwungen sind, ihr Studium abzubrechen bzw. aus Angst vor hoher Verschuldung bei gleichzeitig unsicherer Berufsperspektive dieses erst gar nicht beginnen.

Aber auch diejenigen, die sich das überlegen können, sollen weniger werden:

Eine Familie mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von 1.500,- DM verliert z.B. nach der neuen Regelung 550,- DM Ausbildungsbeihilfe.

Angesichts solcher Zahlen wird Ausbildung wieder zum Privileg, das sich halt nicht jeder leisten können soll.

Ein besonders perfides Beispiel ist der Wegfall der Förderung des Zweiten Bildungsweges:

1982 lernten rund 60 % der geförderten Schüler an berufsbildenden Schulen:

In Berufsfachschulen, in Fachoberschulen und Schulen des Gesundheitswesens, z.B. für medizinisch-technische Assistentinnen oder der Erzieherausbildung. Berufliche Qualifikation (auch mit der Perspektive eines Zugangs zu wissenschaftlichen Hochschulen) soll so für Leute mit Haupt- bzw. Mittelschulabschluss verunmöglicht werden.

Weitergehende Ansätze, die Hochschulen wieder ausschließlich den dafür prädestinierten Eliten zugänglich zu machen, werden bereits diskutiert. (Arbeitgeberpräsident Esser hat der "Westdeutschen Rektorenkonferenz" vorgeschlagen, "auch im Hochschulsystem marktwirtschaftliche Steuerungselemente, insbesondere durch kostenorientierte Studiengebühren mit entsprechenden Darlehen einzuführen").

Gerade an diesem Punkt wird deutlich: Eine über Teilerfolge hinausgehende neue Qualität von Bildungs- und Sozialpolitik ist nur bei einer grundlegenden Änderung der Wirtschaftspolitik möglich.

Es sind dieselben Ursachen, die für die Probleme im Sozial- und Wirtschaftsbereich, im Bereich der Umwelt und der Friedenssicherung verantwortlich sind!

Unser Widerstand muß daher auch darauf gerichtet sein, künstliche Frontenbildungen zu verhindern:

zwischen Arbeitsplatzbesitzenden und Arbeitslosen, AEG-Arbeitern und AKW-Gegnern, zwischen Deutschen und Ausländern! Auch aus diesem Grunde ist es wichtig, daß gerade auf lokaler Ebene sich alle zusammenfinden, die an irgendeinem Ende des sozialen Elend knacken! Gewerkschaftsgruppen und Initiativen für die 35-Stunden-Woche, Ausländergruppen, Sozialhilfegruppen, Graue Panther, Jugend- und Studenteninitiativen. Behindertenselbsthilfegruppen, Sozialappellanten, Arbeitslosenzentren ...

Wir begrüßen daher ausdrücklich die "Initiative Soziale Sicherheit, die mittlerweile Kristallisationskern eines überregionalen und zielgerichteten Protestes ist, der gerade auch die von den Gewerkschaften vernachlässigten bzw. enttäuschten Betroffenenengruppen (z.B. Arbeitsloseninitiativen) mit umfaßt und sehen darin einen auch unserem Politikverständnis entsprechenden wichtigen Ansatz, indem Betroffene selbstorganisiert ihre sozialen Interessen artikulieren.

H.V